

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 13

Köln, den 25. März 1932

33. Jahrg.

An die christliche Arbeiterschaft!

Das deutsche Volk hat am 13. März in klarer Eindeutigkeit für Hindenburg entschieden. Diese Entscheidung war eine Treuekundgebung zu dem Urbild deutscher Mannhaftigkeit und deutscher Ehre. Sie war eine energische Ablehnung des zerstörenden Radikalismus und seiner vergiftenden Volkszersehung. Sie war eine Verneinung frevelhaften Diktaturgeschreies und eine Bejahung des gradlinigen Aufstieges des deutschen Volkes zum freien nationalen und sozialen Volksstaat.

Die christliche Arbeiterschaft hat in diesem Wahlkampf für Hindenburg ihre Kraft entscheidend eingesetzt.

Wir dürfen mit Stolz feststellen, daß die Arbeiterschaft, die am schwersten unter der Wirtschaftskrise leidet, ein Beispiel politischer Reife gegeben hat, die geradezu von geschichtlicher Bedeutung für Volk und Vaterland ist.

Die Entscheidung für Hindenburg ist ein voller Sieg.

Hätten die Gegner Hindenburgs auch nur eine Spur von politischer Ehrlichkeit, von nationaler Verantwortung und Sorge für das Volk, sie würden der schwer ringenden Nation den weiteren Wahlkampf ersparen. Sie würden wenigstens jetzt vor dem Manne, den das deutsche Volk erwählt hat, zurücktreten. Sie würden zurücktreten, um nicht noch mehr Volkskraft und Volksgut in einem überflüssigen und aufreibenden Wahlkampf zu vergeuden. Sie würden zurücktreten, um die gefährvolle außenpolitische Lage nicht noch mehr zu erschweren.

Sie wollen es nicht! Sie sind nicht bekehrt durch ihre Niederlage. Sie wollen den weiteren Kampf. Sie wollen Arbeiterentrechtung und Diktatur.

Das deutsche Volk nimmt den Kampf an.

Und die christliche Arbeiterschaft wird ihre ganze Kraft einsetzen, damit der 10. April ein überwältigender Sieg für Hindenburg wird. Hindenburg bedeutet die Einheit und Kraft des Volkes gegen unfruchtbaren Radikalismus. Mag auch die Zahl der Nachläufer des Radikalismus noch gewachsen sein, seiner Kampfkraft ist dennoch der erste schwere Stoß versetzt worden. Je größer der Sieg Hindenburgs, desto entscheidender der zweite Schlag gegen die Abenteuerpolitik des Radikalismus.

Kameraden, Frauen und Männer der Arbeit, tut am 10. April noch einmal in beispielhafter Treue und Disziplin eure vaterländische Pflicht.

Gegen Arbeiterentrechtung, Klassenstaat und Diktatur!

Für Hindenburg!

Für Ehre und Freiheit der deutschen Arbeiterschaft!

Für Ehre und Freiheit des deutschen Volkes!

Für den nationalen und sozialen Volksstaat!

Berlin, den 19. März 1932.

Der Vorstand

des Gesamtverbandes der christlichen
Gewerkschaften Deutschlands.

Osterglaube und Zuversicht.

Auferstehung! Ein Aufatmen geht durch die Natur. Kälte und Not ist vergessen, neues Leben bricht aus der Erde. Baum und Strauch rüsten zu neuem Leben, zu neuer Frucht. Ostern, die Befreiungsfeier der Schöpfung, ist da und ruft auch uns zu Besinnlichkeit und Einkehr. Das Licht, die strahlende Frühlingssonne, die flammende Osterkerze sind sprechendes Sinnbild jahrtausendalter menschlicher Sehnsucht und Auferstehungsfreude, sind uns heute wie immer nicht nur Symbol, sondern Ausdruck tiefer Gottesgläubigkeit und froher Hoffnung auf Erfüllung. Der Sieg des Lebens über den Tod, der Triumph Christi über Menschenwerk und irdische Not gibt auch uns die Kraft des Glaubens und der Hoffnung auf ein Ostern der Gerechtigkeit und des Friedens. Diese Kraft kommt nicht von ungefähr. Angesichts der Not und des riesengroßen Elends in der Welt bedarf es tiefer, unversiegbarer Quellen geistiger Kraft.

Unser Volk geht einen beispiellosen Leidensweg, dessen Ende leider noch nicht abzusehen ist. Der Sturz von stolzer Höhe hat vieles zerschlagen und die einsichtslose Haltung unserer Feinde das durch den Krieg eingeleitete Zerstörungswerk fortgesetzt. Denken wir zurück an die Jahre der Bedrückungen und Demütigungen durch äußere Feinde, so wird uns manches von dem, was wir heute in Deutschland erleben, verständlich erscheinen. Wenn sich das ganze Volk heute aufbäumt gegen eine Verewigung der uns auferlegten Schuldknechtschaft, der Kriegstribute, dann mögen Deutschlands Gegner daraus ersehen, wie schwer und ernst der Lebenskampf des deutschen Volkes durch ihre Einsichtslosigkeit geworden ist. Leidenschaftlich begehren wir Befreiung von Fesseln, die unsere Lebensmöglichkeiten ungeheuerlich beschränken und den Keim zur Verelendung Europas in sich tragen. Unsere Staatsmänner ringen seit Monaten um eine generelle Bereinigung der Frage der Reparationen, deren Lösung einmal und bald gefunden werden muß. Ein Ostern der Völkerverständigung und Völkergemeinschaft tut uns not, oder die christliche Kultur Europas geht dem Untergang entgegen.

Die Verengerung des Lebensraumes des deutschen Volkes hat zu einer auf die Dauer unerträglichen Zuspitzung der innerpolitischen Verhältnisse geführt. Die sprichwörtliche Zerklüftung und deutsche Uneinigkeit haben eine unheilvolle Zersplitterung der Volkskräfte zuwege gebracht. Sammelbecken der Unzufriedenen, der Enttäuschten, der von falschem Ehrgeiz besessenen Elemente sind die radikalen Gruppen links und rechts. Es bedarf der größten politischen Umsicht und Klugheit der ordnungsliebenden, staatserhaltenden Kräfte, die Explosion politischer Leidenschaften zu verhindern und das Staatsschiff durch Fährnisse und Klippen unentwegt zu steuern. Bosheit und politischer Unverstand versuchen immer wieder die mühevollen Aufbauarbeit zu zerstören und glauben, daß einige radikale Phrasen Ersatz für Politik sein könnten. Jüngst erlebten wir noch eines der traurigsten Kapitel deutscher Innenpolitik bei der Reichspräsidentenwahl. Die ehrwürdige Gestalt des greisen Soldaten, der als des Reiches erster Repräsentant sieben Jahre lang in vorbildlicher Pflichttreue der getreue Eckehardt der Verfassung war, mußte sich im Wahlkampf persönlich gegen die Flut wüster Beschimpfungen und Unterstellungen zur Wehr setzen. Uebelste Agitationsphrasen empfahlen einen auf Umwegen zur Reichsangehörigkeit gelangten Kandidaten, dessen Werbemethoden zwar durchaus

erfolgreich bei politisch Ungebildeten sind, der aber für Deutschlands Freiheit und Größe Verdienste nicht aufzuweisen hat. Wenn auch der jetzige Reichspräsident die weitaus meisten Stimmen auf sich vereinen konnte und fast ebensoviel Stimmen erhielt wie sämtliche Gegenkandidaten, dann beweist doch das Stimmresultat die politische Urteilslosigkeit und den irregeleiteten Fanatismus eines großen Teils deutscher Menschen. Einen Karfreitag der deutschen Zwietracht würden wir nicht bedauern, aber ihm muß ein Ostern folgen, das in Einigkeit und Recht und Freiheit alle deutschen Stämme, alle deutschen Menschen zusammenschmiedet.

Wie im politischen Leben Parteien und Bünde, so stehen in wirtschaftlichen Dingen Menschen und Organisationen in gigantischen Kämpfen gegenüber. Es ist eine typisch deutsche Eigenschaft, diese Suche nach dem oder den Schuldigen für auftretende Schwierigkeiten. Daß für Industrie und Gewerbe, für Handel und Wandel in politisch bewegten Zeiten keine rosigten Verhältnisse vorhanden sein können, ist eine Binsenwahrheit. Daß die Schuld für auftauchende Schwierigkeiten selten dort, wo des Übels Kern liegt, gesucht, sondern bei anderen, eben den Schuldigen, vermutet wird, ist ebenso bekannt. Nur so ist es zu erklären, wenn in seltener Eintracht Unternehmer, Wissenschaftler und Bürgertum den Gewerkschaften die Schuld an der verfahrenen politischen und wirtschaftlichen Lage beimessen. Seit Jahr und Tag will man in den Gewerkschaften die Ursache allen Übels erblicken. In Wort und Schrift wird versucht, ihnen endgültig den Garaus zu machen, um endlich wieder am Beginn eines sagenhaften goldenen Zeitalters stehen zu können.

Trägt nicht die Arbeiterschaft die schwerste Last, leidet sie nicht mehr, mindestens aber ebenso unter der Krise und den Verhältnissen wie andere Stände und Gruppen? Unsicherheit der Existenz, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit bedrohen die Arbeiterschaft weit mehr als andere. Wird nicht dauernd versucht, die wirtschaftliche Sanierung nach dem Gesetz des vermuteten geringsten Widerstandes herbeizuführen? Daher die Bestrebungen Löhne zu senken, Tarifverträge zu beseitigen, das Schlichtungswesen aufzuheben und das Arbeitsrecht zu beschränken! Rücksichtsloses Gewaltstreben und Gewinnsucht bemühen sich eifrig um die Beseitigung sozialer Einrichtungen. Die deutsche Sozialversicherung, Arbeitslosen-, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung sind beliebteste Kampfbjekte nicht nur in den ausgesprochenen Interessentenlagern und der zugehörigen Presse. Auch die Tagespresse, die teilweise für sich in Anspruch nimmt, eine Lanze für die soziale Gerechtigkeit zu brechen, beteiligt sich an diesem Kampf gegen die Arbeiterschaft. Überall stoßen wir auf Kräfte, die die öffentliche Meinung gegen die Arbeiterschaft aufzuwiegen sich bemühen und eine unheilvolle Beeinflussung der sozialen Entwicklung versuchen. Die Wirtschaft, das Gesamtinteresse fordern gebieterisch, so sagt man — das eigene Wohlergehen, der eigene Geldbeutel ist meistens gemeint.

Sollen wir diese Gedanken weiterführen? Es erübrigt sich. Denn seit mehr als 30 Jahren kämpfen die christlichen Gewerkschaften gegen Bedrückung, Entrechtung und Verelendung der Arbeiterschaft. Mit unbestreitbarem Erfolg, der noch größer wäre, wenn es gelingen könnte, die Schar der Anhänger zu vervielfachen, sie zu wahren und aufrechten Kämpfern für unsere Ideale zu machen und einzusetzen im großen Kampf um geheiligte Rechte. Mutlosigkeit und Verzagtsein halten noch allzu viele fern von unserer Bewegung, mangelndes Standesbewußtsein und schädliches Spekulieren auf gewerkschaftliche Erfolge, die unverdient in Anspruch genommen werden, verraten charakterliche Mängel, gegen die sich der gewerkschaftliche Kampf auch mit aller Energie wenden muß.

Es besteht kein Grund mutlos und verzagt zu sein. Auf unserer Seite steht das Recht. Unseren Kampf führen wir mit reinen Waffen und wissen, daß auch unser Christentum diesen unseren Kampf weltanschaulich begründet. Christ sein heißt nicht nur dulden und leiden, nein, heißt auch kämpfen gegen Unrecht, Bedrückung und Not. Und wenn wir in diesem Kampf erfolgreich waren, dann berechtigt uns das zu weiterer Hoffnung auf die Zukunft. Auch wenn wir in diesem Kampf nicht hundertprozentig erringen konnten, was wir erprobten: Ostern, das christliche Fest stärkt unseren Glauben, unsere Zuversicht und Hoffnung. Die Überwindung von Not und Tod, der Sieg des Lichtes über die Finsternis ist der Sinn der Osterbotschaft. Aus ihr schöpfen wir die Kraft, auszuharren und weiter zu schaffen für unseren Stand, unsere Bewegung, unser Volk. Wir nennen uns christliche Arbeiterbewegung. Wohlan, möge das Zeichen des Weltüberwinders, das Kreuz Christi, auch das Siegeszeichen unserer Bewegung sein und bleiben.

Vielbesprochene Pläne.

Die wirtschaftliche Lage schreit nach Abhilfe. Eine Reihe von Maßnahmen wurde in die Wege geleitet, durchgeführt oder werden geplant, um die so notwendige Ankurbelung der Wirtschaft endlich herbeizuführen. Die schon angewandten Mittel zu diesem Zweck haben einen Erfolg noch nicht zu zeitigen vermocht, wohl aber eine weitere Schrumpfung im Gefolge gehabt. Die Arbeiterschaft ist der Hauptleidtragende dabei und zahlt in der Hauptsache die Zechen für die mehr oder weniger gewalttätige wirtschaftliche Eisenhaukur.

Weil die bisherigen Maßnahmen nicht den erhofften Erfolg brachten, wird augenblicklich fleißig nach neuen Mitteln und Mitteln gesucht. Größere Bedeutung für die Allgemeinheit hat der Plan von Professor Wagemann, dem Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, der einen Geld- und Kreditreformplan der Öffentlichkeit unterbreitet. Dieser Plan hat zu lebhaften Diskussionen Anlaß gegeben, die wohl, wenn auch nicht mehr in aller Öffentlichkeit, noch ernsthaft fortgesetzt werden. In der Hauptsache läuft der Plan auf eine Kreditausweitung hinaus. Die währungs-technische Deckung des Geldumlaufes soll in anderer Weise als bisher erfolgen. Die heute geltenden Deckungsvorschriften sollen auf Großbanknoten und sogenannte Depostiten beschränkt bleiben, während die kleinen Banknoten und sonstige Zahlungsmittel als Scheidemünzen behandelt werden sollen. Für letztere ist als Deckung ein sogenannter Anleiheblock, der durch börsengängige Wertpapiere, Lombardkredite und Handelswechsel gebildet wird, vorgesehen. Es soll durch diese Maßnahmen der Rentenmarkt wieder zur Hauptfinanzierungsquelle für den Investitionsbedarf werden. Inflationsgefahr oder die Gefahr einer Doppelwährung wird als ausgeschlossen bezeichnet. Der Plan hat eine teilweise vernichtende Kritik gefunden. Falsche theoretische Voraussetzungen werden ihm zum Vorwurf gemacht, und zu falschen Ergebnissen soll er gelangen. So sagten 32 Professoren der Nationalökonomie in einer jüngst veröffentlichten Auseinandersetzung mit dem Wagemannplan. Zu welchen „Ergebnissen“ man nun gelangt, bleibt abzuwarten.

Großzügige Arbeitsbeschaffung macht als Forderung in letzter Zeit viel von sich reden. Die durch Notverordnungen getroffenen Maßnahmen, Lohnsenkungen, Leistungskürzungen in der Sozialversicherung, in der Arbeitslosenhilfe und in der Wohlfahrtspflege haben eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosenziffern, die ein Ausdruck der eingetretenen Wirtschaftsschrumpfung sind, nicht zu verhindern vermocht. Seit Beginn der Notverordnungsperiode hat sich die Zahl der Arbeitslosen mehr als verdoppelt. Das kann und darf kein Dauerzustand bleiben. Gewiß ist daran nicht ausschließlich die deutsche Wirtschaftsführung schuld. Über die Einwirkungen der Weltlage auf unsere Wirtschaft wurden und werden täglich genügend Gründe angegeben. Eine Gesundung der Verhältnisse aber allein und ausschließlich von außenpolitischen Geschehnissen zu erwarten, geht nicht an. Gänzlich ohne Schuld ist auch die deutsche Wirtschaftsführung nicht an den herrschenden Zuständen. Es müssen darum Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, die zu einer innerwirtschaftlichen Entspannung führen. Die zweifellos vorhandenen Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe entheben die Politiker und Wirtschaftler nicht der Pflicht, das Arbeitsbeschaffungsproblem unverzüglich in Angriff zu nehmen. Es soll zwar maßgebende Persönlichkeiten und Kreise geben, die die Unterstützung der Arbeitslosen für billiger und darum leichter durchführbar halten als die Beschaffung von Arbeit. Selbst wenn rechnerisch ein solcher Nachweis gelänge, müssen die Forderungen nach Arbeitsbeschaffung nachdrücklich unterstützt werden. Bei der rein rechnerischen Betrachtung der Frage bleibt nämlich die andere, mehr geistige Seite zu sehr unberücksichtigt. Die Gewährung von Unterstützung führt zur Verwüstung moralischer Begriffe in erschreckendem Maße und befriedigt die Unterstützungsempfänger keineswegs. Nicht nur wegen der Höhe derselben. „Gebt uns Arbeit“ schreit es uns aus Arbeiterversammlungen, aus Briefen und Unterredungen immer entgegen. Die Menschen wollen nicht Unterstützungen, sondern einen Lebensinhalt. Die der deutschen Arbeiterschaft oft nachgerühmten Tugenden: Arbeitsamkeit, Arbeitsdisziplin und Leistungswille dürfen nicht verkümmern!

Darum die Forderungen nach Arbeitsbeschaffung. Aber die Frage, wie die notwendigen Mittel für eine wirklich großzügige Inangriffnahme beschafft werden sollen, gehen die bekannt gewordenen Pläne auseinander. Der Reichswirtschaftsrat hat sich eingehend mit den Fragen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beschäftigt und das

Ergebnis seiner Untersuchungen in einer eingehenden Denkschrift niedergelegt. Man ging davon aus, daß die Zusätzlichkeit bei allen Unternehmungen entscheidend sein müsse. Die Vorschläge, die von zahlreichen Sachverständigen überprüft worden sind, erstrecken sich auf das Eisenbahnwesen, auf die Straßen- und Brückenerhaltung, den Hochwasserschutz, auf Kabelverlegung, Errichtung von Telefonämtern, auf die Melioration und Verbesserung der Milchwirtschaft und schließlich auf Hausreparaturen. Erfolg versprechend scheint der Vorschlag zu sein, der ein Zusammenwirken von Reich, Ländern und Gemeinden in Verbindung mit Reichsbahn und Reichspost fordert und darin die Möglichkeit der Lösung des Finanzproblems erblickt. Es ist schon richtig, daß von einer planmäßigen Arbeitsbeschaffung nicht nur die Existenz weitester Bevölkerungskreise, sondern auch der Bestand des Staates abhängt. Darum ist diese Frage so dringlich, und es ist zu wünschen, daß die verantwortlichen Stellen umgehend das Erforderliche in die Wege leiten.

Weniger erfreulich sind die Pläne, die eine Reform der Sozialversicherung zum Ziele haben. Soweit diese Reformen die Verwaltungsfrage betreffen, kann sicher manches zum Vorteil geändert werden. Dazu gehört natürlich auch eine eingehende Prüfung der geltenden Verwaltungsvorschriften und Anweisungen, die auf das unerlässlich Notwendige zu beschränken wären. Die in der Öffentlichkeit wiederholt genannte Aufhebung von 1100 Versicherungsämtern liegt auf der Linie der geplanten Reform. Es wird dadurch sicher eine Menge Verwaltungsarbeit erspart, gleichzeitig aber den Versicherten eine notwendige, kostenlose Auskunftsstelle und rechtspflegerische Einrichtung genommen. Dabei erfährt der Etat der Sozialversicherung nicht einmal eine Entlastung, jedenfalls keine nennenswerte; denn die Versicherungsämter sind vorwiegend kommunale Einrichtungen. Die Aufhebung dieser Ämter wird auch eine stärkere Inanspruchnahme der öffentlichen Rechtsauskunftstellen im Gefolge haben, so daß die auf der einen Seite erzielten Ersparnisse auf der anderen Seite durch erhöhte Ausgaben wettgemacht werden. Außerdem wird ja für den Fortfall der jetzigen Versicherungsämter die Errichtung sogenannter Landesversicherungsämter geplant, ein Plan, der bereits zu lebhafter Kritik Anlaß gegeben hat. Reformen haben nur dann Sinn und erfüllen ihren Zweck, wenn sie tatsächlich Ersparnisse bei voller Wahrung der gesetzlichen Rechte der Versicherten herbeiführen und nicht lediglich weitere Beunruhigung durch überflüssige Erschwerung der Rechtsmittel hervorrufen. Das bleibt bei aller Reformarbeit zu beachten.

Geplant wird auch eine Verringerung der Anzahl der Krankenkassen. Im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich wird für das Jahr 1929 die Zahl von 7329 Krankenkassen nachgewiesen. Früher war die Zahl noch größer. Man kann schon der Meinung sein, daß hier eine Verminderung der Zahl ohne Nachteile für die Versicherten möglich ist und erstrebt werden muß. Bei den Berufsgenossenschaften, den Trägern der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, wird auch eine Konzentration geplant. Wenn auch die Zahl der Berufsgenossenschaften längst nicht die bei den Krankenkassen angegebenen Zahlen erreicht, so befindet sich darunter doch eine ganze Anzahl wenig lebensfähiger Gebilde, eine Verminderung dürfte aus diesem Grunde zweckmäßig erscheinen. Über die Reform der Invalidenversicherung ist man zur Zeit nur auf Gerüchte und Vermutungen angewiesen. Man hört von der Absicht, die Selbstverwaltung zu stärken, man hört von Plänen, die auf eine zentrale Zusammenfassung der Landesversicherungsanstalten, ähnlich dem Aufbau der Angestelltenversicherung, hinauslaufen. Auch sollen Bestrebungen laufen, die alle Macht den Landeshauptleuten übertragen wollen. Es ist nicht möglich, heute schon die Absichten des Gesetzgebers bekannt zu machen, und es muß abgewartet werden, was demnächst als Regierungsvorlage herauskommt.

Großes Aufsehen haben die Reformpläne in der Arbeitslosenversicherung erregt. Der Preiskommissar, Oberbürgermeister Gorbeler, trat auf der Dollerversammlung des Zweckverbandes der Industrie- und Handelskammern zu Bochum, Dortmund, Essen und Münster für eine Umordnung der Arbeitslosenunterstützung ein. Sein Plan geht dahin, die drei Arten der Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung, zusammenzulegen und die Sorge für die Arbeitslosen den Gewerkschaften zu übertragen. Zu beachten ist, daß Gorbeler Kommunalpolitiker ist und sein Plan mit den Forderungen des Deutschen Städtetages konform geht. Als Sozialpolitiker besitzt der Preiskommissar keinen besonderen Ruf, es wäre aber verfrüht, daraus Schlussfolgerungen auf die Brauchbarkeit seiner Vorschläge zu ziehen, weil darüber erst nach ge-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 20. bis 26. März 1932 ist der 13. Wochenbeitrag fällig.

nauester Prüfung aller Einzelheiten geurteilt werden kann. Es kommt vor allem darauf an, wie die Handhabung gedacht ist, welche Rechten und Pflichten den Gewerkschaften zugebracht sind und ob die Gesamtlösung im Interesse der Arbeitslosen und der Gesamtheit gelingen wird.

Bei all den Plänen muß beachtet werden, daß sie tief in die Interessen der Arbeiterschaft eingreifen und die Gefahr sehr nahe liegt, daß unter dem Druck der augenblicklichen Notlage Maßnahmen getroffen werden, die weniger das Interesse der Arbeiterschaft, sondern mehr das Interesse der öffentlichen Finanzen zum Ziele haben. Darum gilt es, wachsam zu sein und die Pläne nicht nur auf ihre Durchführbarkeit, sondern auch daraufhin zu prüfen, ob sie das Gesetz der unumgänglich notwendigen sozialen Gerechtigkeit nicht vermissen lassen. Hier haben die Gewerkschaften ein großes Betätigungsfeld, und es liegt bestimmt im Interesse eines jeden Arbeiters, wenn er mit dafür sorgt, daß die Gewerkschaften lebens- und arbeitsfähig bleiben.

Rundschau.

Bankensanierung und Direktorengehälter. Gelegentlich der kürzlich vorgenommenen Sanierung einiger Großbanken erfuhr man aus dem Geschäftsbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft zum erstenmal etwas über die Bezüge der leitenden Bankdirektoren. Dort heißt es: im Jahre 1931 haben die gesamten Bezüge des Vorstandes und des stellvertretenden Vorstandes (24 Mitglieder) 2 844 750 RM betragen. Daraus ergäbe sich für die ordentlichen und stellvertretenden Vorstandsmitglieder ein jährliches Durchschnittseinkommen im Jahre des Bankenzusammenbruches von nur 120 000 RM pro Person.

Wir sind der Auffassung, daß die Bezüge der leitenden Herren der mit den Groschen der Steuerzahler sanierten Banken in keiner Weise durch derartige Bezüge der Konkurrenz hochgehalten werden dürfen. Die Leiter eines Institutes, das vom Reichsfinanzminister saniert werden muß, brauchen für ihre Arbeit nicht mehr Gehalt zu bekommen als der Reichsfinanzminister selbst.

Verschlechterung des Gesundheitszustandes. Es läßt sich nicht leugnen, daß der bis zum Herbst v. J. verhältnismäßig gute Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung sich seitdem verschlechtert hat. Zunächst beobachtete man lediglich eine Schwächung der Leistungsfähigkeit; in Verbindung damit sind Zeichen des Niederganges vor allen Dingen bei der Wohnung, der Wäsche und der Herstellung der Ernährung in den bedrohten Teilen der Bevölkerung festzustellen. Hinzu kommt eine Zunahme der englischen Krankheit, die über das zu erwartende Maß hinausgeht, eine Zunahme der Tuberkulose-Erkrankungen bei den Jugendlichen und auch eine kleine Hebung der Tuberkulose-Sterblichkeitskurve.

Da keinerlei ernste und weit verbreitete Infektionskrankheiten, wie Grippe, geherrscht haben, hat eine Belastungsprobe für den Gesundheitszustand der Bevölkerung zurzeit noch nicht stattgefunden. Bedenklich ist die starke Abnahme der Geburten im letzten Jahr.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bergcheinfeld. Wir hielten unsere Generalversammlung im nahe liegenden Orte Waigoldshausen ab, wo die Kollegen aus den umliegenden Ortschaften sich zahlreich einfanden. In dem Geschäfts- und Kassenbericht spiegelt sich auch die wirtschaftliche Lage unserer Zahlstelle wider. Hatten wir doch in unserem Werke „Imprena“ A.-G. im Jahre 1930 eine Belegschaft von etwa 100 Mann, die heute auf die Hälfte gesunken ist. Unsere Versammlungen waren durchweg gut besucht. Die Neuwahl ging glatt vonstatten. Das zeugt von großer Einmütigkeit unserer Kollegenschaft. Unser Bezirksleiter, Kollege Messerer, brachte den Dank der Verbandsleitung zum Ausdruck und gab einen kurzen Rückblick über das Jahr 1931,

das für die Arbeiterschaft ein recht schweres war. Er behandelte ferner die Ursachen der großen Weltkrisis und der großen Arbeitslosigkeit und hob besonders hervor, wie sich all diese Nachwirkungen des Krieges für Deutschland zeigen. Redner wünschte, daß die Völker besonders über die Reparationslasten, die für die Welt unerträglich sind, eine Verständigung finden möchten, damit ein wirtschaftlicher Aufschwung eintreten kann. Zum Schlusse betonte er, daß die christlichen Gewerkschaften, in der Zukunft genau wie in der Vergangenheit, für die Rechte und Freiheit des Arbeiterstandes kämpfen werden. Die Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen. Unser Bezirksleiter gab noch weiter Aufklärung über Arbeitslosen- und Krisenunterstützung und bewies damit, daß sich gerade hier so recht die Notwendigkeit des Verbandes für die Berufskollegen ergibt.

Nach Abwicklung der Tagesordnung schloß sich ein gemütliches Beisammensein an. Kollege Iten gab seine musikalischen Kenntnisse sowie seine humorvollen Erzählungen zum Besten. Das schöne, kollegiale, fröhliche Beisammensein gab einen guten Abschluß.

Hamburg. Die Jahreshauptversammlung unserer Zahlstelle, an der auch Gauleiter Kollege Jahn, Bremen, teilnahm, war gut besucht. 1. Vorsitzender Kollege Groß wies im Geschäftsbericht auf die Schwierigkeit unserer Stellung als christliche Gewerkschaftler hier im Norden und auf die große Arbeitslosigkeit hin, die den größten Teil unserer Kollegen betroffen hat. Trotz aller Schwierigkeiten konnte unser Mitgliederbestand gehalten werden. Bildungsarbeit wurde geleistet durch Vorträge und Diskussionen in den regelmäßigen Monatsversammlungen. Erfreulich arbeitet auch eine Arbeitsgemeinschaft jüngerer Kollegen an ihrer fachlichen Weiterbildung. Gemütliche Unterbrechungen brachten gemeinsame Wanderungen in die schöne Umgebung und ein Familienabend.

1. Kassierer Kollege Hopf brachte im Kassenbericht ein Bild der Wirtschaftskrise durch Gegenüberstellung der Unterstützungszahlung mit den Einnahmen der Zahlstelle. Seiner guten Kassenführung brachte man allgemeine Anerkennung entgegen.

Gauleiter Kollege Jahn nahm Stellung zum Geschäftsbericht und gab seine Anerkennung kund. Er wünschte aber in der jetzigen Krisenzeit mehr Aktivität von den Kollegen zur Hochhaltung des christlichen Gewerkschaftsgedankens. Er ging dann noch besonders ein auf die Sparmaßnahmen der Zentrale und auf die Folgerungen, die wir daraus ziehen müssen.

Die Vorstandswahl brachte wenig Änderungen, ein Zeichen des gegenseitigen Vertrauens der Kollegen.

Das Jungstürmlied, von alt und jung mit Begeisterung gesungen, gab dem gut verlaufenen Abend einen schönen Abschluß.

München. Die sehr gut besuchte Generalversammlung der Zahlstelle München bewies wieder einmal die lebendige Anteilnahme der Kollegen am Verbandsleben. Der Vorsitzende, Kollege Schäfer, gab seiner Freude Ausdruck über die trotz der Arbeitslosigkeit zahlreiche Beteiligung, besonders auch der Jugend.

Der Geschäfts- und Kassenbericht wurde vom Kollegen Kresse erstattet. Die Geschäftslage im verflorenen Jahr war trotzlos schlecht, die Arbeitslosigkeit ungeheuer groß. Am Jahresluß waren bei dem Arbeitsamt München 3878 arbeitslose Holzarbeiter gemeldet. Die Zahl ist noch immer steigend. Schuld an diesen Verhältnissen in München ist, daß die Möbelfabriken es nicht verstanden haben, den Anschluß an die moderne Produktionsweise zu finden. Heute liegen die Betriebe alle still. In Betrieben, die Bauarbeiten herstellen, sieht es nicht besser aus. In den übrigen Berufen, die in unserem Verband erfasst werden, sind die Zustände ähnlich. Die Tapeziererinnung hat vor Weihnachten noch 72 beschäftigte Gehilfen festgestellt.

Lohnpolitisch ist das Jahr 1931 ein Krisenjahr erster Ordnung gewesen. Der Lohn der Schreiner wurde von 1,22 RM auf 99 Pf. herabgesetzt. In den übrigen Berufen wurden die Löhne gleichfalls entsprechend gesenkt. Für die Parkettleger und Tapezierer wurden im Laufe des Jahres neue Mantelverträge geschaffen.

Auf arbeitsrechtlichem Gebiet wurde der Rechtschutz stark in Anspruch genommen. Leider verliefen eine Anzahl Pfändungen ergebnislos, und die Kollegen kamen vorläufig nicht zu ihrem Gelde. Sehr viele Angelegenheiten mußten für die Kollegen am Arbeitsamt behandelt werden. An Unterstützungen gelangten große Summen zur Auszahlung. Eine lebhafteste Tätigkeit entfaltete die Jugend.

Mit dem Appell, trotz der schwierigen Zeit nicht zu erlahmen, nicht den Mut zu verlieren, sondern weiter zu arbeiten, damit die Verhältnisse einmal wieder besser werden, schloß Kollege Kresse seinen Bericht. In den Vorstand wurde Kollege Meisterkemper als 2. Vorsitzender und Kollege Gollrat als Schriftführer neu gewählt.

Der Geist der christlichen Holzarbeiter in München ist trotz der schlechten Lage, in der wir stehen, gut. Die Generalversammlung hat das erneut bewiesen. Was wir brauchen, ist Arbeitsmöglichkeit. Möge die Reichsregierung ihre Wirtschaftspolitik entsprechend einstellen.

Kuhrort-Beck. Ein Jahr voller Entbehrungen, erfüllt mit harter, bitterer Not liegt hinter uns. Millionen unserer Volksgenossen trugen das harte Los des Arbeitslosenlebens. Nach Abschluß dieses Jahres, in welchem die Leistungen sozialer Einrichtungen geschmälert, die Löhne gekürzt wurden, finden wir Wirkungen, welche die Gestaltung des Verbandslebens stark beeinflussen. Unsere Generalversammlung legte Zeugnis hiervon ab. Aus den Worten des Vorsitzenden entnahmen wir, wie sich die Mitgliederzahl etwas vermindert hat. Die Tatsache, daß nur noch einige Kollegen in Arbeit sind, erhält dadurch eine tragische Note, weil diese auch nur Kurzarbeit leisten. Der Kassenbericht bot ein getreues Spiegelbild der Mitgliederbewegung.

Bevor man zur Vorstandswahl schritt, dankte Kollege Crippelsdorf mit kernigen Worten allen Kollegen für die treue Arbeit im verflorenen Notjahre. Sein Wunsch ging dahin, nach Möglichkeit den alten Vorstand wieder zu wählen, da jetzt unbedingt der Zusammenschluß aller Kräfte notwendig sei. Das Wahlergebnis zeigte die einstimmige Wiederwahl des alten Vorstandes.

So fällt nun dem Vorstand wie allen Kollegen trotz der Arbeitslosigkeit viele Arbeit zu. Wir wissen nicht, was die nächste Zeit uns bringen wird; aber viele Entbehrungen werden unser sicher sein, und manchen Kampf werden wir noch auszufechten haben. Dennoch! Wenn dereinst eine andere Generation vergilbte Blätter unserer Gewerkschaftsbewegung umschlagen wird, so soll sie darin finden, daß wir stark genug waren, die Errungenschaften eines halben Jahrhunderts deutscher Sozialpolitik zu verteidigen und nicht kampflös preisgaben. Voll Gottvertrauens, unter starker Führung schauen wir in die Zukunft und werden kämpfen, auf daß der Sieg unser werde.

Mögen doch bald die Pforten der Werke sich öffnen und unseren fleißigen Händen Arbeit und Brot geben, auf daß Wohlstand und Zufriedenheit in die Familien des schaffenden Volkes Einzug halten und dann ausstrahlen über unser ganzes deutsches Vaterland.

Büchermarkt.

Die Handwerkerschule. Herausgegeben von Dr. H. Meusch, Generalsekretär der Handwerks- und Gewerkekammer Hannover, im Industrie-Verlag Späth und Linde.

Wiederholt haben wir auf die „Handwerkerschule“, ein in Lieferungen erscheinendes Werk, in welchem die gesamten, das Handwerk berührenden Fragen gesammelt dargestellt werden, hingewiesen und den großen Wert desselben gebührend betont. Die zuletzt erschienenen 8 Lieferungen behandeln:

„Die Arbeitsmaschine, Kraftwerkzeuge, Handarbeit und Maschinenarbeit, Pflege und Instandhaltung der Werkzeuge, Maschinen, Vorrichtungen und Hilfswerkzeuge“; den abschließenden Teil des Kapitels „Rechnungswesen“, „Statistik, Kredit- und Zahlungsverkehr, Schriftverkehr“. Außerdem vermittelt das Kanitol „Die heutige Handwerkswirtschaft“ solide Kenntnisse über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Handwerks, und die „Kulturgeschichte des Handwerks“ bietet einen Überblick über die kulturelle Bedeutung des Handwerks, deren Grundlagen in handwerklicher Sachlichkeit und Tüchtigkeit begründet ist.

Schon diese kurzen Ausführungen beweisen den reichen Inhalt des im Entstehen begriffenen Werkes und legen Zeugnis ab für die gründliche Art, mit der die einzelnen, für das Handwerk wichtigen Stoffgebiete behandelt sind. Wir können die „Handwerkerschule“ nur empfehlen, und diese Empfehlung ist der Verlag Späth und Linde, Berlin W 10, Genhiner Straße 42, gerne bereit, wirksam zu unterstützen durch Übersendung einer Probeflieferung gegen Einsendung von 30 Pfg. Portokosten. Unsere Mitglieder seien besonders auf diese Möglichkeit, durch persönlichen Einblick dieses ausgezeichnete Werk kennenzulernen, hingewiesen.

Anzeigenpreis für die vieresp. Millimeterzeile 80 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Adressstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Adm. Böhler Wall 2. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsbüro W. Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugewandt — für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorauszahlung. — Sendungen nur Postkontos 718 Köln.